MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1917

466 (5.10.1917) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-171076

Freitag, 5. Oktober. Abend-Ausgabe. 1917. — Nr. 466.

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und Handelsteil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Anzeigenteil: Anton Scheiser. Druck u. Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim — Drahtadresse: General-Anzeiger Mannheim. — Fernsprecher: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. — Postscheck-Konto: Nr. 3917 Ludwigshafen a. Rh.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: Die 15spalt. Kolonelzeile 40 Pfg., Reklamezeile M. 1.20 Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 8½ Uhr, Abendblatt nachm. 3 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgabe wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim u. Umg. monatl. M. 1.70 einschl. Bringerl. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 3.82 ausschl. Postzustellungsgebühr. Bei der Post abgeh. M. 4.80. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Ein Schlachttag von seltener Schwere ist bestanden.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 5. Oktober. (WTB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Ruprecht von Bayern

Ein **Schlachttag von seltener Schwere** liegt hinter Führern und Truppen der 4. Armee; **er ist bestanden.**

Vom frühen Morgen bis in die Nacht währte das Ringen, das durch **wiederholte englische Angriffe** aus der Gegend **nordwestlich von Langemarck bis südlich der Straße Menin—Ypern** (15 Kilometer) immer von neuem entfesselt wurde. Ununterbrochen wirkten die Artilleriemassen mit äußerster Leistung von Mann und Geschütz in das Gelände, auf dem sich die erbittert hin und her wogenden Kämpfe der Infanterie abspielten. **Brennpunkte der Schlacht** waren: **Poelcapelle,** die einzelnen Höfe drei Kilometer westlich von **Paschendaele,** die **Wegekreuzen** östlich und südöstlich von **Zonnebeke,** die Waldstücke westlich von **Becelaere** und das Gehöft **Gheluvelt.** Ueber diese Linie hinaus konnte der Feind zwar vorübergehend vordringen, doch sich unter der Wucht **unserer Gegenangriffe nicht behaupten,** obwohl er bis zum späten Abend dauernd frische Kräfte ins Feuer führte. Der **Gewinn der Engländer** beschränkt sich somit auf einen 1—1½ Kilometer tiefen Streifen von Poelcapelle und die östlichen Ausläufer von Zonnebeke und längs der von dort nach Becelaere führenden Straßen. Das **Dorf** ist ebenso wie das heiß **umstrittene Gheluvelt voll in unserem Besitz.**

Die **blutigen Verluste der englischen Divisionen — mindestens 12 Divisionen** wurden allein beim Frühangriff auf dem Schlachtfelde eingesetzt — werden übereinstimmend als **sehr hoch** gemeldet. Das gute Zusammenwirken aller unserer Waffen brachte auch diesen gewaltigen Stoß der Engländer **zum Zusammenbruch vor dem Ziel,** das diesmal nicht, wie behauptet werden wird, **eng,** sondern unzweifelhaft **recht weit gesteckt war.**

Das Heldentum der deutschen Truppen in Flandern wird durch nichts übertroffen.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen

Auf dem **Ostufer der Maas** führten die **Franzosen** abends einen **neuen starken Angriff** — den 12. binnen **dreier Tage** — am Nordhang der Höhe 344, östlich von Samogneux. Tagsüber bereitete heftiges Feuer, vor dem Vorbrechen zum **Trommelfeuer** gesteigert, den **Sturm der französischen Kräfte** vor, der von den **kampfbewährten Württembergern** fast überall **zurückgeschlagen** wurde. An einzelnen Stellen waren **Gegenstöße erforderlich;** sie brachten **zahlreiche Gefangene** in unsere Hand.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

keine **größeren** Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Im Becken von **Monastir** und im **Cernabogen** war die Gefechtstätigkeit lebhafter als an den Vortagen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

✦

Vor einer neuen Generaloffensive?

c. **Von der schweizerischen Grenze,** 5. Oktober. (Priv.-Tel. z. K.) Nach Züricher Berichten schreibt „Corriere della Sera", die großen englischen Angriffe in Flandern werden in Italien als unmittelbare Vorläufer eines nochmaligen Generalangriffes an den Ententefronten begrüßt.

Die neuen englischen Einberufungen.

c. **Von der schweizerischen Grenze,** 5. Oktober. (Priv.-Tel. z. K.) Nach Züricher Meldungen berichtet der „Secolo" aus London: Die letzten Einberufungen des britischen Kriegsministers umfassen dreiviertel Millionen Mann. Diese Maßnahme deutet darauf hin, daß auch England das Kriegsende noch in weiter Ferne sieht.

Die Luftangriffe auf London.

c. **Von der schweizerischen Grenze,** 5. Oktober. (Priv.-Tel. z. K.) Nach Züricher Berichten meldet der „Messagero" aus London: Bei den letzten Luftangriffen auf London sind auch italienische Staatsangehörige getötet worden. Die Admiralität verteidigt sich gegen die Presseangriffe, wonach keine technische Möglichkeit bestehe, durch die bisher bekannten Abwehrmaßnahmen die feindlichen Luftgeschwader von London fernzuhalten.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 4. Okt. (WTB. Amtlich.) An der portugiesischen Küste und vor der Straße von Gibraltar haben unsere U-Boote neuerdings dreizehn feindliche Transporter und Handelsfahrzeuge mit einem Gesamtraumgehalt von rund

29000 Bruttoregistertonnen

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Kolar Prince" (3611 T.) mit 5601 T. Kohlen nach Gibraltar, „Embleton" (5377 T.) mit Kohlen für Italien und „Arendol" (1387 T.) mit Chemikalien für Frankreich, der bewaffnete italienische Dampfer „Goffredo Mameli" mit 6000 To. Erz für England, der mit zwei 10 Zm.-Geschützen bewaffnete amerikanische Tankdampfer „Platuria" (3445 T.), ferner ein durch Hochseeschlepper geschleppptes Fahrzeug mit nach Mesopotamien bestimmten Eismaschinen und Kühlanlagen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Torpedierung eines englischen Kriegsschiffes

London, 4. Okt. (WTB. Nichtamtlich. Die Admiralität meldet: Das Kriegsschiff „Drake" wurde Dienstagmorgen an der Nordküste Irlands torpediert, erreichte einen Hafen und sank in seichtem Wasser. Die Explosion tötete einen Offizier und 18 Mann, die übrigen wurden gerettet. „Drake" ist ein Panzerkreuzer von 14 500 Tonnen.

Die Mannschaftsnot in der feindlichen Handelsmarine.

Berlin, 4. Oktober. (WTB. Nichtamtlich.) Wie aus dem Tagebuch eines unserer kürzlich von sehr erfolgreicher Fernfahrt zurückgekehrten U-Boote hervorgeht, bereiten die Mannschaftsverhältnisse der feindlichen Schiffahrt immer mehr Schwierigkeiten. Insbesondere die englische Handelsmarine muß immer mehr auf Malayen, Mongolen und Neger zurückgreifen, um ihre Schiffe besetzen zu können. So hatte der vor einigen Wochen versenkte italienische Dampfer „Boleate" (5681 T.) außer den wenigen weißen Offizieren nur 48 Chinesen als Besatzung. Das Schiff hatte außer einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen u. a. 30 000 Ztr. Weizen, 16 000 Hektoliter Oel und 10 000 Ztr. Käse geladen. Es gehörte zur Cunard-Linie, die zu den größten und angesehensten englischen Passagierdampfer-Gesellschaften rechnet und bei der vor dem Kriege ausschließlich weiße englische Mannschaften beschäftigt waren. Mehrfach wurden auch amerikanische Segler versenkt, die außer dem Kapitän nur Neger an Bord hatten, bei denen also auch die Steuermannsdienste von Negern versehen wurden.

✦

⊡ **Berlin,** 5. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Bergen wird der „B. Z." gemeldet: Ein neues Dieselmotorschiff von 6000 Tonnen, das mit Kriegsmaterial von England nach Archangelsk unterwegs war, strandete in der Nähe von Bodoe, als es versuchte, einem deutschen U-Boot zu entrinnen. Das Schiff ist schwer beschädigt. Die Ladung muß gelöscht werden.

c. **Von der schweizerischen Grenze,** 5. Okt. (Priv.-Tel., z. K.) Nach schweizerischen Berichten schreibt „Manchester Guardian", man befürchte in englischen Reederkreisen, daß der September an versenkter Tonnage nur wenig hinter den Verlusten des August zurückstehe.

Rotterdam, 4. Oktbr. (WTB. Nichtamtl.) Der „Maasbode" meldet: Der amerikanische Segler „Hilda R. Horton", der englische Dampfer „Ravensworth", 801 T., und die Schleppdampfer „Esburg" und „James Raib" sind gesunken. Der amerikanische Schoner „Emma Briggs", 294 T., wurde verlassen. Der Schleppdampfer „Arion" ist gescheitert, der Segler „Cyrene" gesunken. Der englische Dampfer „On Sang", 2802 T., ist gesunken. Der Schleppdampfer „Ryora" ist gesunken. Der französische Dampfer „Loira" 1492 T., ist gestrandet und verloren. Der griechische Dampfer „Eugenie S. Embiricos", 4189 T., ist gestrandet. Der norwegische Dampfer „Montano", 7020 T., ist gesunken. Die englische Bark „Colonial Empire", 2490 T., ist gestrandet und wird wahrscheinlich wrak werden. Der Schleppdampfer „W. M. A. Murray" ist gesunken.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 4. Oktober. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlicher Heeresbericht.

Sinaifront: An der ganzen Front heftiges Artilleriefeuer. Eine aus dreißig Eskadronen Kavallerie, einem Bataillon Infanterie und zwei Batterien bestehende feindliche Abteilung versuchte am 2. Oktober eine Unternehmung gegen unseren linken Flügel, mußte sich jedoch am 3. Oktober wieder zurückziehen.

An den übrigen Fronten keine besondere Ereignisse.

Der Reichskanzler zur Lage.

⊡ **Berlin,** 5. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Die auf der Tagesordnung der Samstagssitzung stehende sozialdemokratische Interpellation über die alldeutsche Propaganda im Heer usw. wird, wie wir bereits mitteilten, vom Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich beantwortet werden. Am Montag oder Dienstag kommen auf Grund eines vom Hauptausschuß zum erstattenden mündlichen Berichts auswärtige Angelegenheiten zur Besprechung, in welcher auch Reichskanzler Dr. Michaelis das Wort ergreifen wird.

✦

Wir werden also nun doch noch weitere Mitteilungen des höchsten Reichsbeamten zur Lage zu gewärtigen haben. Sie können kaum von den im Hauptausschuß gegebenen Erklärungen abweichen. Interessant wird sein zu sehen, ob und wieweit die Rede des Reichskanzlers sich mit der Budapester Rede des Grafen Czernin begegnen wird, die, voll chiliastischer Erwartungen, eine neue Weltordnung heraufführen will. Michaelis wird vermutlich nicht ganz so reden, wie der Wiener Kollege; vielleicht in einem nüchterneren Tone, wie ihn heute ein Berliner Artikel der Kölnischen Zeitung anschlägt, der aus Churchills neuester Hetzrede die folgenden Schlüsse zieht:

„Es ist eine Rede von schärfstem Angriffsgeist, und wenn es auch Churchill, der falsche Prophet, war, der sie gehalten hat, er ist Mitglied des Kabinetts, und daran haben wir uns zu halten. Solche Reden zeigen uns, wie weitfern die Ideale liegen, für die der Papst und Graf Czernin so lebhaft eintreten, und zu deren Grundsätzen auch wir uns bekennen unter der Voraussetzung, daß auch der Feind sich von neuem Geist beseelt zeigt. Solange solche Töne zu uns herüberklingen, behalten die recht, die im Gedanken der moralischen Herrschaft des Rechts ein Ideal und in der Notwendigkeit Macht zu erringen und zu behaupten, die entscheidende Tatsache der blutigen Gegenwart erblicken. Ein Ausspruch Churchills ist für uns gerade jetzt vor Beginn der Reichstagsverhandlung doppelt bedeutungsvoll, es ist das Wort von den auflösenden Faktoren oder wie es in einer anderen Uebersetzung heißt, von den zersetzenden Mächten hinter unsrer Front. Das ist der innere Streit bei uns; wir wissen, er wird nichts auflösen und nichts zerstören. Aber auch hier kommt es darauf an, welche Hoffnungen die Feinde daraus schöpfen, und auf diese Hoffnungen weist Churchills Ausspruch hin. Machen wir sie endgültig zuschanden, so tun wir mehr für die Verkürzung des Krieges als alle Friedenskundgebungen vermögen.

Friedenshoffnungen in Rußland.

c. **Von der schweizerischen Grenze,** 5. Oktober. (Priv.-Tel. z. K.) Der Petersburger Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung" meldet: Wie der „Djen" berichtet, steht die Ernennung des fortschrittlichen Dumaabgeordneten Jefremow zum russischen Gesandten in Bern mit der nicht mehr fernen Einleitung von Friedensverhandlungen in Zusammenhang. Das Blatt schreibt, daß man in Rußland, ohne gerade an einen sehr nahen Frieden zu denken, bereits die ersten Vorbereitungen zu den Verhandlungen treffe.

Hochschullehrer gegen die Reichstagsmehrheit.

906 Hochschullehrer veröffentlichen folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Lehrer deutscher Hochschulen, unbeeinflußt von Ansichten irgendeiner Partei, frei von Sonderinteressen jeder Art, einzig und allein erfüllt von schwerer Sorge um die Zukunft des Vaterlandes, erklären hiermit: daß nach ihrer Ueberzeugung die jetzige Mehrheit des vor fast sechs Jahren unter völlig anderen Verhältnissen gewählten Reichstags es nicht für sich in Anspruch nehmen kann, gegenüber den heute zur Entscheidung stehenden Lebensfragen den Volkswillen in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck zu bringen. Sie sprechen die feste Zuversicht aus, daß es den berufenen Leitern von Heer und Staat gelingen wird, allen äußern und innern Widerständen zum Trotz, einen Frieden zu erringen, wie ihn Deutschland für sein Leben und Gedeihen braucht.

Diese Erklärung, die schon geraume Zeit vor ihrem Erscheinen in der Presse der Linken erörtert werden konnte, dürfte nunmehr, wo sie mit der stattlichen Zahl von 906 Unterschriften, darunter den angesehensten Namen unserer Hochschulwelt, ans Licht tritt, zu den eindrucksvollsten Kundgebungen der öffentlichen Meinung zählen. Die Zahl der Zustimmenden wäre ohne Zweifel noch größer ausgefallen, wenn nicht ein Teil der akademischen Lehrer während der Ferien schwer erreichbar, ein anderer zum Heeresdienst eingezogen wäre. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß der Schritt von einigen süddeutschen Hochschulen ausgegangen ist. Wie wir hören, liegt es den Unterzeichnern fern, eine bestimmte praktische Maßregel, wie etwa die Auflösung des Reichstags, herbeiführen zu wollen. Ihre Absicht ist vielmehr nur, wie man uns mitteilt, dahin zu wirken, daß die Verantwortung für die zu fassenden Entschlüsse uneingeschränkt den Stellen bleibe, auf denen sie nach der geltenden Reichsverfassung und nach der Natur der Dinge zu liegen hat. Wieweit sich die Hochschullehrer damit in Uebereinstimmung mit den übrigen Schichten des Volkes befinden, wird man aus dem Echo nehmen müssen, das die Kundgebung finden wird.

Deutschlands Schiffahrt und der Status quo.

Die Vorlage über den Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt gibt eine vortreffliche Beleuchtung zu dem Schlagwort vom Status quo ante. Sie beweist, was alles dazu gehört, um gegenüber der zielbewußten englischen Vernichtungsarbeit den Status quo ante wieder herzustellen. Die deutsche Schiffahrt aber ist nur ein Ausschnitt aus dem großen Rahmen der deutschen weltwirtschaftlichen Betätigung. Und dieses ganze große Gebiet ist von England gründlich und systematisch in Trümmer gelegt worden. Wie aber verblaßt hier erst das Schlagwort vom Status quo ante! Ein Hamburger Kaufmann hat im „Hamburger Fremdenblatt" den Stand der Dinge nach dieser Richtung klar beleuchtet. Unter dem Titel „Gedanken zum Verzichtfrieden" weist er darauf hin, daß Englands Kriegsziel, nämlich die Vernichtung unserer wirtschaftlichen Weltmachtstellung, zurzeit vollkommen erreicht ist. Es hat nunmehr über drei Jahre lang die Absperrung Deutschlands vom Weltverkehr aufrechterhalten und uns in dieser Zeit fast die ganze neutrale Welt abspenstig gemacht. Der schwerste Schlag dieser Art war die Aufhetzung Chinas und des größten Teils Südamerikas zu feindlichen Maßnahmen gegen uns. Alle deutschen Handelsniederlassungen über See sind zerstört. Und der deutsche Kaufmann, der nach Friedensschluß wieder hinausgeht in die Welt, stößt fast überall auf Ruinen und auf eine geschlossene Mauer von Feindseligkeit. Der Hamburger Kaufmann fragt mit Recht, ob jemand glauben kann, daß England je freiwillig ein Kriegsziel, das es so gründlich erreicht hat, wieder preisgeben wird. Er wirft der Reichstagsmehrheit vor, daß sie den Verzicht anbietet, ohne auch nur die geringste Gewähr dafür zu haben, daß in Zukunft unser Welthandel wieder aufgebaut werden kann. Und im Anschluß daran sagt er klar und deutlich, was Deutschlands Schicksal bei dem sogenannten Status quo ante sein würde:

Das Deutsche Reich würde zu einer Macht zweiten Ranges herabsinken, kurz, England hätte uns dann wieder zu dem gemacht, wo

MARCHIVUM

wir vor 1870 waren und was es gern wieder aus uns machen möchte: einen europäischen Festlandsstaat ohne Seegeltung und ohne Weltstellung mit vorwiegend Ackerbau treibender Bevölkerung, die nicht daran denken könnte, der englischen Weltmacht jemals ernstliche Konkurrenz zu machen. Vor diesem Schicksal kann uns keine freiwillige Zusage Englands, keinerlei papierne Abmachung schützen. Die vielgerühmte „Freiheit der Meere", die England uns in seiner jetzigen Lage wahrscheinlich gern zubilligen würde, wäre unter den bestehenden Verhältnissen ganz illusorisch und würde uns wenig nützen. Nur der tatsächliche, unzweifelhafte Zwang zum Frieden würde die Engländer dazu bringen, ihre Pläne aufzugeben und unserem Außenhandel in der ganzen Welt, einschließlich ihrer eigenen Kolonien und Einflußgebiete, freie Bahn zu geben.

Der Hamburger Kaufmann hat mit dieser Ansicht zweifellos recht, er hat recht, wenn er den Verzichtfrieden von sich weist und nur von der Tätigkeit der Unterseeboote eine Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft gegen Englands Vernichtungspläne erwartet. Wenn der Reichstag die Mittel zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte bewilligt, so wird er hoffentlich an diesem lehrreichen Beispiel erkennen, was nicht nur wir leisten, sondern was wir auch vom Feinde erlangen müssen, um den wirklichen Stand der deutschen Weltwirtschaft vor dem Kriege wieder zu erreichen und für alle Zukunft zu sichern.

Klärung der polnischen Frage.

⊡ **Berlin**, 5. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Der „L.-A." überschreibt eine Warschauer Meldung über den Fortgang der Verhandlungen zwischen Regierung und Regentschaftsrat „Neue Schwierigkeiten in Polen". Solche Schwierigkeiten sind wenigstens zurzeit und in diesem Zusammenhang nicht vorhanden. In Wahrheit sind nämlich, wie man uns berichtet, die Verhandlungen der Regierung mit dem Regentschaftsrat überaus günstig verlaufen und nunmehr glücklich abgeschlossen. Ein formales Bündnis Polens mit den Zentralmächten ist von diesen nicht verlangt worden und könnte mit Rücksicht auf die Beschlüsse der Haager Konvention einstweilen auch gar nicht verlangt werden. Man fand indessen einen anderen Weg zur Einigung. Die Formel, auf die man übereingekommen ist, lautet: Polen tritt in ein freundschaftlich-nachbarliches Verhältnis zu den Zentralmächten auf Grund der gegenseitigen politischen und ökonomischen Interessen. Die drei Kandidaten, die den Regentschaftsrat ausmachen sollen, sind von der Regierung angenommen worden. Die Polen wünschten aber auch gleichzeitig mit dem Regentschaftsrat die Bestallung eines Ministerpräsidenten und hatten, was ja kein Geheimnis ist, für dieses Amt seit langer Frist an den Grafen Tarnowsky, den letzten K. und K. Botschafter in Washington, gedacht. Wie wir von polnischer Seite hören, wollen sie den Grafen Tarnowsky zunächst auch vorschlagen. Wird aber dessen Wahl, wie zu erwarten ist, nicht bestätigt, so gedenken sie den Grafen Drucki-Lubecki zu wählen, den Bruder des preußischen Herrenhausmitglieds. Das ist der Stand der Dinge im Augenblick.

Die Revolution in Rußland.

Der russische Gesandte in Stockholm gegen die provisorische Regierung.

m. **Köln**, 5. Okt. (Pr.-Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Stockholm: Der bisherige russische Gesandte in Stockholm, Nekljudow, richtete aus Anlaß seiner Ernennung zum Gesandten in Madrid an Kerenski folgendes Schreiben, worin er den ihm angebotenen Posten ablehnt: „Ereignisse in der letzten Zeit haben gezeigt, daß die vorläufige russische Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung weder dem Gesetz noch der allgemeinen Lage in der schweren Zeit, die wir durchleben, entspricht. Das Ergebnis dieser gesetzlosen Zustände ist die schimpfliche Flucht russischer Truppen vor dem Feinde gewesen, völlige Straflosigkeit für schwerste Verbrechen, offene Propaganda für Vaterlandsverrat, u. a. m. Rußlands Schmach und Unglück wachsen täglich. Die vorläufige Regierung ist unfähig, dem vorzubeugen, da sie Vertreterin einer eigennützigen radikalen Partei ist.

Pogrome und Ausstände.

m. **Köln**, 5. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Kopenhagen: Nach Meldungen aus Petersburg haben in einer großen Anzahl von Städten des Reiches schwere Pogrome stattgefunden, unter anderem in Jekaterinoslaw, Tambow und Orel. In Charkow traten die Arbeiter der Lokomotivfabriken in den Ausstand. Der neue Minister des Innern, Nikitin, erhielt Berichte, wonach es den Garnisonen in verschiedenen Städten gelang, die Judenverfolgung mit Waffengewalt zu unterdrücken. Ebenso hat das Ministerium der öffentlichen Arbeiten den Ausstand in Charkow durch Erfüllung der Forderungen der Arbeiter beigelegt.

Die Volksernährung.

Die Kartoffel- und Mehlversorgung.

In Ergänzung der bereits im Hauptausschuß abgegebenen Erklärungen kann noch folgendes mitgeteilt werden: Das Ergebnis der Ernteverschätzung im August, welche gegründet ist auf die Anbauflächenerhebung und eine rohe Schätzung von Durchschnittserträgen, machen die Streckung des Brotgetreides notwendig, wenn die jetzige Brotration durch das ganze Wirtschaftsjahr hindurch aufrechterhalten werden soll. Glücklicherweise erlaubt die gute Kartoffelernte diese Streckung. Da alte Vorräte an Trockenkartoffelpräparaten jedoch nicht vorhanden sind, kann die Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl allgemein erst vom 1. Februar 1918 an erfolgen, bis zu welchem Zeitpunkte die Fabriken die nötigen Vorräte angesammelt haben werden. Bis zum 1. November ist eine Streckung nicht in Aussicht genommen; bis dahin wird die jetzige Mehlration von 220 Gramm weitergegeben. In der Zeit vom 1. November 1917 bis zum 1. Februar 1918 werden den Gemeinden Frischkartoffeln in einem Umfange zur Verfügung gestellt werden, der eine Streckung der Mehlration von 200 Gramm um zehn Prozent ermöglicht. Damit wird die Ration der ersten beiden Kriegsjahre wieder hergestellt. Falls eine Gemeinde vorzieht, diese Streckung nicht vorzunehmen, kann sie die Kartoffeln zur Erhöhung der Kartoffelwochenration verwenden; diese Erhöhung würde ungefähr anderthalb Pfund ausmachen. Die 94prozentige Ausmahlung des Mehles muß vorläufig beibehalten werden. Wenn die Ernteschätzung, die in der Zeit vom 20. September bis 5. Oktober vorgenommen wird, ein besseres Ergebnis als die Vorschätzung zeitigen wird, so wird der etwaige Mehrbetrag nicht zu einer Verringerung des Ausmahlungsprozentsatzes benutzt werden, damit einmal die Qualität des Brotes gehoben, anderseits die so notwendige Kleie als Futtermittel gewonnen werden kann. Was die Frage des Mehlpreises anbelangt, so wird es möglich sein, dadurch, daß die Reichsfinanzverwaltung einen Teil der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle und der Frühdruschkosten übernimmt, die Erhöhung in dem Rahmen zu halten, der bei der Begründung der Preisänderungsverordnung im März dieses Jahres angenommen wurde. Die Preiserhöhung, für den Doppelzentner Roggenmehl um 4,90 Mark und für den Doppelzentner Weizenmehl um 4,80 Mark wird zu einer Verteurung des Pfundes Brot um etwa anderthalb bis zwei Pfennig führen. Durch die Uebernahme eines Teiles der Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle wird ermöglicht, daß sich der Mehlpreis für die von der Reichsgetreidestelle belieferten Kommunalverbände ungefähr auf der gleichen Höhe hält mit dem der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, wodurch die Benachteiligung der Großstädte, wie sie in den letzten Jahren entstanden war, beseitigt wird.

Die siebente Kriegsanleihe.

Die Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft zeichnete M. 300 000. Die Zeichnungen auf die früheren Kriegsanleihen betragen zusammen M. 2 836 000.

Deutscher Reichstag.

⊡ **Berlin**, 5. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.)

Am Bundesratstisch Dr. Schwander, von Krause. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 2,15 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Vorsitzende des Hauptausschusses Abg. Fehrenbach (Zentr.) der Hauptausschuß habe die vorliegende vierte Ergänzung des Besoldungsgesetzes einstimmig ohne jede Aussprache angenommen. Der Hauptausschuß beantrage, daß dieses Gesetz noch heute auf die Tagesordnung gesetzt werde. Er ist der Meinung, daß es auch hier ohne Aussprache zur Annahme gelangen wird.

Der Präsident stellt fest, daß gegen diesen Antrag kein Widerspruch erhoben wird.

Abg. Stahl (Soz.) weist auf die Explosion im Betriebe der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Hennigsdorf hin und hebt hervor, daß noch jetzt inmitten des Ortes eine Betriebsabteilung der Firma vorhanden ist. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um derartige Gefahren und Schäden der Einwohnerschaft in Zukunft zu verhindern?

Generalfeldzeugmeister Coupette: Es ist richtig, daß durch die Explosion in Hennigsdorf Sachschaden in der Umgebung angerichtet worden ist. Die Betriebsabteilung der AEG. liegt indessen nicht in dem bewohnten Teil des Ortes, sondern an dessen Rande. Auch wenn sie weiter entfernt gewesen wäre, würde bei dem Umfang der Explosion Sachschaden nicht zu vermeiden gewesen sein. In der Mitte des Ortes liegt keine Betriebsabteilung. Die Füllstellen für Sprengmittel bei der AEG. sind nicht wieder in Betrieb genommen worden.

Die Heeresverwaltung hat selbst das größte Interesse daran, daß Explosionen von Pulver- und Sprengstoffabriken, so weit dies nach menschlicher Voraussicht überhaupt möglichst ist, verhindert werden, und sucht dies durch Erlaß entsprechender Vorschriften zu erreichen. Zur Ueberwachung dieser Vorschriften besteht beim Kriegsamt ein Ausschuß von 4 Sachverständigen.

Für die Ueberwachung der Pulver- und Sprengstoffbetriebe ist bei jeder Kriegsamtnebenstelle ein Ueberwachungsausschuß errichtet. Es ist ausdrücklich angeordnet worden, daß die unbedingt nötigen Mengen Pulver und Sprengstoffe in den einzelnen gefährdeten Betrieben vorhanden sein dürfen.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) führt Beschwerde über das Verbot von Versammlungen in Halle a. S., Magdeburg, Kiel, Prieß i. Schl.-Holst., Berlin-Schöneberg und Sachsen-Altenburg, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie veranstaltet wurden.

Ministerialdirektor Lewald: Es sind nur solche Versammlungen verboten worden, bei denen die Gefahr einer Störung der öffentlichen Sicherheit vorlag. Seit Dezember 1916 steht gegen jedes Verbot der Weg der Beschwerde offen. Auf eine Ergänzungsfrage, ob Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie anders behandelt würden als solche anderer Parteien, erwidert Ministerialdirektor Lewald, daß die Entscheidung darüber in den Händen der einzelnen Generalkommandos liege. (Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ein grundsätzlicher Unterschied werde nicht gemacht.

Abg. Vogtherr (U. Soz.) weist auf einen in Dortmund bekannt gegebenen Erlaß des ev. Oberkirchenrates hin, worin die Pfarrer angewiesen werden, die Bevölkerung dahin aufzuklären, daß die zur Bierbereitung noch gebrauchte Gerstenmenge unerheblich wäre, sowie daß das Bier nicht nur ein Genuß, sondern auch ein Nahrungsmittel sei. Die Kreissynode Dortmund hat diese Zumutung, bei solcher Volksbelehrung Dienste zu tun, abgelehnt. Abg. Vogtherr fragt, ob der Reichskanzler der Auffassung sei, daß die Verbreitung solcher Lehren über das Bier zu den Aufgaben des evangelischen Oberkirchenrats gehöre.

Unterstaatssekretär Freiherr von Braun: Als der evangelische Oberkirchenrat seine Mahnung an die Geistlichen richtete, war noch kein vollständiger Ueberblick über die vorhandenen Gerstenmengen möglich. Als die Zahl vorlag, hat der Reichskanzler sofort dem ev. Oberkirchenrat diese Zahl mitgeteilt und ihm anheimgestellt, im Sinne dieses Ergebnisses die Geistlichen aufzuklären. (Heiterkeit.)

Es handelt sich nicht um eine Lehrmeinung des evangelischen Oberkirchenrats über das Bier (Heiterkeit), sondern um den Standpunkt der Regierung gegenüber einer Eingabe. Auch im nächsten Wirtschaftsjahr wird die Biererzeugung wieder auf das notwendigste Maß beschränkt werden. Von einer Vergeudung von Nahrungsmitteln kann gar nicht die Rede sein. Der Reichskanzler ist nicht bereit, über die schon jetzt bestehende Einschränkung hinaus mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung die Bierherstellung noch weiter einzuschränken. (Zustimmung rechts, Widerspruch auf der äußersten Linken.) Eine weitere Anfrage galt der Schließung der meisten Oelmühlen. Dann kam man zu der zweiten Lesung des Nachtragsetats.

Erklärung des Reichskanzlers über den Stellvertreter.

Hier gab der Kanzler, wie wir das vor zwei Tagen bereits ankündigten, zu Beginn der Erörterungen folgende Erklärung ab: „In der Begründung des Nachtragsetats ist schon hervorgehoben, daß die rechtlichen Grundlagen für die Stellvertretung des Reichskanzlers nicht geändert werden sollen.

Gegenüber den Bedenken im Hauptausschuß will ich kurz betonen, daß es nicht beabsichtigt ist, zwischen dem Reichskanzler und den Reichsämtern eine Zwischeninstanz zu schaffen, insbesondere soll nicht ein Vorgesetztenverhältnis zwischen den Stellvertretern und den Inhabern der Reichsämter konstruiert werden. Dem Stellvertreter des Reichskanzlers soll lediglich die allgemeine Befugnis übertragen werden, die die Staatssekretäre nicht haben. Nicht aus staatsrechtlichen Gründen, sondern aus politischen Erwägungen heraus ist der Nachtragsetat gestellt worden.

Während des Krieges hat sich insbesondere wegen der Kriegswirtschaft und der aus ihr herauswachsenden Erkenntnis eine weitgehende Verschiebung der Kompetenzen entwickelt die ihren Niederschlag in der Gründung neuer Aemtern, insbesondere des Kriegsernährungsamtes, des Kriegsamtes beim Kriegsministerium und der Uebergangskommission gefunden hat. Die Kompetenzen dieser Aemter überschneiden sich nicht nur unter sich, sondern sie überschneiden sich auch mit anderen Ressorts. Für diejenigen, die in diesen kriegswirtschaftlichen Arbeiten ganz besonders tätig gewesen sind, hat sich die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung ganz besonders herausgestellt. Die Fäden laufen selbstverständlich beim Reichskanzler zusammen. Aber er kann nicht diese Zentralisation in seiner Person vereinigen, sondern es muß hierfür eine besondere Vertretung geschaffen werden.

Solange diese Vertreter aber gleichzeitig Inhaber eines der größeren Reichsämter waren, konnte er diese Zentralisation nicht so in der Hand haben, wie es notwendig war. Der gewaltige Umfang dieser Aufgaben läßt sich für den, der nicht darin steht, nur sehr schwer übersehen. Es muß in einem großen Rahmen, den ich in erster Linie für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu ziehen habe, eine große Gruppe von Aufgaben wirtschaftlicher Art gelöst werden, die sich mit der Vorbereitung der Friedensbedingungen und mit der Uebergangswirtschaft zu befassen haben. Diese Aufgaben müssen von Kommissionen gelöst werden, von denen jede bis zu einem gewissen Grade selbständig arbeiten muß, die aber alle natürlich einer zielbewußten Leitung bedürfen, damit sie sich einerseits in dem großen Rahmen halten, damit andererseits das gewaltige Material auf dem laufenden gehalten wird. Nur auf diese Weise können die Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen und der Uebergangswirtschaft getroffen werden.

Es ist auf diesem Gebiet bereits gewaltige und wertvolle Arbeit von den verschiedensten Stellen geleistet worden, vom Auswärtigen Amt, vom Reichsamt des Innern, von den Generalgouvernements, von der Obersten Heeresleitung, dem Reichsschatzamt und von dessen Ressorts in Preußen. Aber alle diese Stellen müssen nun unter eine einheitliche systematische Leitung kommen, müssen beim Reichskanzler zusammenlaufen.

Für diese gewaltige Aufgabe glaube ich einen Stellvertreter nötig zu haben, der frei ist von der Last eines Amtes, eines Staatssekretariats im bisherigen Sinne. Darum ist aus rein praktischen, der Größe der Zeit erwachsenden Aufgaben heraus die Bewilligung der Mittel für die Schaffung dieses Amtes erforderlich. Wenn Bedenken bestanden haben, daß das Amt auf unbegrenzte Zeit bewilligt werden sollte, so will ich ohne weiteres zugeben, daß angesichts der Begründung des Amtes aus den Kriegsbedürfnissen heraus, eine zeitliche Begrenzung durchaus am Platz sein kann. Wenn ich den Weg der Bewilligung im Nachtragsetat gewählt habe, so darum, weil diese Arbeit, wie ich annehmen muß, unter allen Umständen ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen wird.

Sollte die Bewilligung nach den Beschlüssen ihres Hauptausschusses nur bis zum Ende des nächsten Etatjahres erfolgen, so kann ich mich trotzdem damit einverstanden erklären; denn die Hauptsache ist, daß mir der Stellvertreter bewilligt wird. Die Arbeiten drängen und der, der am besten gerüstet in die Verhandlungen hineintritt, wird den Vorteil vor den übrigen haben. Auch hier gilt in hohem Maße das selbstverständliche Wort, daß Bereitsein alles ist. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

Der Hauptausschuß des Reichstags.

Die neuen Stellen in der Reichsregierung.

⊡ **Berlin**, 5. Oktbr. (Von unserem Berliner Büro.) Der Hauptausschuß des Reichstags unterzog heute den Nachtragsetat über die neuen Stellen in der Reichsregierung der zweiten Lesung. Abgeordneter Erzberger (Ztr.) begründet den Antrag des Reichshaushalts, die Stelle des Stellvertretenden Reichskanzlers als mit dem 31. März 1919 wegfallend zu bezeichnen, mit den Bedenken, die seine Partei gegen die Einsetzung des Vizekanzlers hat; sie wird aber die Stelle bewilligen mit Rücksicht auf die Lage und unter Bezugnahme auf die Erklärung des Reichsschatzsekretärs in der ersten Lesung. Der Zentrumsantrag wird angenommen, ebenso die entsprechende Ziffer des Nachtragsetats.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Weite Kreise wünschen, daß das Patentamt beim Reichswirtschaftsamt bleibe, da der Ausbau der Erfindungen eng mit dem Wirtschaftsleben zusammenhänge und die Gefahr besteht, daß bei einer Angliederung an das Reichsjustizamt formal-juristische Erwägungen ausschlaggebend würden.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. v. Krause: Die Anregung, neben anderen Angelegenheiten auch das Patentamt dem Reichsjustizamt zu überweisen, stammt schon von Staatssekretär Dr. Lisco. Lebensfähig ist das Reichsjustizamt auch ohne diese Angliederung.

Abg. Dove (Vp.) spricht gegen Belassung des Patentamtes beim Reichswirtschaftsamt. Die Berührung des Justizamtes mit dem wirtschaftlichen Leben kann für das Amt nur günstig wirken.

Abg. Dr. Junk (Natl.) stimmt diesen Ausführungen zu und weist besonders auf die richterliche Aufgabe des Patentamtes hin.

Abg. Graf von Posadowsky (Deutsche Fraktion) spricht sich gegen die vorgeschlagene Teilung des Reichsamts des Innern aus.

Abg. List (Natl.) ist zurzeit gegen die Dreiteilung des Reichsamts des Innern, doch werde die Entwicklung schließlich zur Schaffung eines besonderen Amtes für Sozialpolitik drängen, das zu einem Amt für Wohlfahrtspflege (Wohnungsfragen, Bevölkerungspolitik usw.) zu erweitern wäre.

Abg. Graf von Posadowsky: Man hätte statt des Vizekanzlers einen besonderen Staatssekretär für Uebergangswirtschaft schaffen sollen; die Wohnungsfrage sei nicht zweckmäßig gelöst.

Reichsschatzsekretär Graf Rödern: Es handelt sich darum, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers die Wohnung behält, die er jetzt inne hat. Auch ist es wünschenswert, daß er örtlich in der Nähe des Reichskanzlers bleibt.

Abg. Dr. Junk (Natl.): Ein Reichswohlfahrtsamt wird notwendig werden, ohne daß hier in die Kompetenz der Bundesstaaten eingegriffen wird.

Abg. Graf Posadowsky (Deutsche Fraktion): Wenn der Vizekanzler die Stellung als Staatssekretär des Innern aufgibt, so sollte er auch die Wohnung räumen.

Nach weiterer Debatte wird unter Ablehnung der sozialdemokratischen Entschließung auf Dreiteilung des Reichsamts des Innern und Zusammenfassung der sozialpolitischen Fragen in ein Reichsarbeitsamt die Vorlage angenommen. Sie enthält auch die Abzweigung eines Reichswirtschaftsamts vom Reichsamt des Innern. Hinzugefügt wird ein Paragraph 3, der den Reichskanzler ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse Schatzanweisungen bis zum Betrage von 3 Milliarden Mark auszugeben. Die nationalliberale Entschließung auf Schaffung eines Reichswohlfahrtsamts wird abgelehnt. Die von der gleichen Partei beantragte Entschließung auf Angliederung des Bundesamtes für Heimatwesen an das Reichsjustizamt wird angenommen.

Letzte Meldungen.

Der Fall Bolo Pascha.

Paris, 5. Okt. (WTB. Nichtamtlich.) Kammer. Deschanel hat die Interpellation Poncet über die Angelegenheit Bolo Pascha verlesen und fügte hinzu, es sei eine weitere Interpellation von Malvy über den gleichen Gegenstand eingegangen. Die Kammer hat eine sofortige Erörterung beschlossen. Malvy sagte, er wolle die Aufmerksamkeit der Kammer auf die ernste Tatsache lenken. Poincaré erhielt einen Brief des Chefredakteurs „Action Française", Daudet, mit der niederträchtigsten Verleumdungen gegen Malvy. Dieser Brief sei dem Ministerpräsidenten übermittelt worden, der ihn Malvy mitteilte. Malvy nehme ein Stillschweigen über diesen Brief nicht an. Painlevé sagte, die gegen Malvy vorgebrachten Anschuldigungen seien in der Tat allerschwerster Art. Malvy sei beschuldigt, seit drei Jahren Deutschland alle Geheimnisse ausgeliefert zu haben. Er wollte in ein Kriegskomitee eintreten, um der deutschen Armeeleitung den Plan der Angriffe auf den Chemin des Dames zu liefern. Die Kammer verlangte die Verlesung des Briefes. Painlevé entsprach dem Willen der Kammer. Der Brief Daudets versichert, daß bezüglich Malvys und Leymaries, des Direktors der allgemeinen Sicherheit, Beweise für ihren Hochverrat im Ueberfluß vorhanden seien und sagt, daß es unumgänglich notwendig sei, Malvy sofort der Militärgerichtsbarkeit auszuliefern. Malvy ergriff dann das Wort und erklärte, daß er an Hand der offiziellen Schriftstücke die volle Wahrheit sagen wolle. Er setzte ausführlich seine Rolle in der Angelegenheit Almereyda auseinander, ferner seine Beziehungen zum „Bonnet rouge" und gab an, daß er Briand seinen Argwohn hinsichtlich des „Bonnet rouge" mitteilte. Briand erklärte seinerseits, daß er Malvy mit der Ueberwachung beauftragte und in einem solchen Augenblick sagen müsse, daß Malvy, weit entfernt zu zaudern, anordnete, mit der größten Strenge zuzupacken. Mehrere Abgeordnete, die früher am „Bonnet rouge" mitarbeiteten, machten darauf entlastende Angaben. Viviani erklärte zur Scheckangelegenheit, daß er die Schuld dem zweiten Büro des Generalstabs zuschreibe, das seinen Chef nicht unterrichtete und sich der Schecks entledigte, da es der Ansicht war, daß die notwendigen Unterlagen zu einer gerichtlichen Untersuchung nicht vorlägen.

Beschlagnahme der schwedischen Post in Halifax.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 5. Oktober. (Priv.-Tel. z. K.) Die Basler „Nationalzeitung" meldet aus Stockholm: Die schwedische Post aus Washington ist von den englischen Behörden in Halifax in Neuschottland zurückbehalten und beschlagnahmt worden. Das Stockholmer auswärtige Amt hat den schwedischen Gesandten in London beauftragt, Vorstellungen zu erheben und die sofortige Freigabe der Post zu fordern.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

* **Führung des Einkommennachweises bei der Verheiratung.** Die Bestimmung der Ziffer 22 der Heirats-Verordnung, wonach der Einkommennachweis von dem Offizier vor Gericht oder vor einem Notar zu führen ist, schließt nicht aus, daß im Falle der Behinderung des Offiziers, den Nachweis persönlich zu führen, oder im Falle besonderer Erschwerung der persönlichen Führung des Nachweises durch den Offizier den Nachweis durch einen Bevollmächtigten des Offiziers erbracht wird. Die Braut, die Eltern des Offiziers oder der Braut gelten dabei ohne weiteres als Bevollmächtigte des Offiziers. Da der Offizier aus dem Nachweis ersieht, welche Papiere dem Gericht oder Notar vorgelegt sind, kann er in dem Gesuch um Erteilung der Heiratserlaubnis die Versicherung, daß die Papiere ihm oder seiner Braut als Eigentum gehören, abgeben, ohne die Papiere selbst in Händen gehabt zu haben. Die Sendungen größerer Geldsummen oder Wertpapiere ins Feld zwecks Führung des Einkommennachweises hat zu unterbleiben.

* **Ueber den Verkehr mit Brennholz** hat das Ministerium des Innern eine neue Verordnung erlassen, in welcher den Waldbesitzern die Verpflichtung auferlegt wird, zu jedem beabsichtigten Verkauf von Brennholz durch Vermittlung des Forstamtes, welchem der Wald forstpolizeilich zugeteilt ist, die Genehmigung der Landesbrennholzstelle schriftlich einzuholen. In dem Gesuch sind Menge, Art und Preis des Holzes anzugeben. An Personen, welche in der Lage sind, ihren Brennholzbedarf aus eigenem Walde oder aus dem Wald ihrer Gemeinde zu decken, soll das Brennholz aus anderen Waldungen in der Regel nicht abgegeben werden. Die Landesbrennholzstelle kann das Abfallholz in Sägewerken für die Versorgung der Bevölkerung in Anspruch nehmen. Wer Handel mit Brennholz treibt, ist verpflichtet, darüber bis 10. Oktober der Landesbrennholzstelle Anzeige zu erstatten, auch darüber, welche Menge und Art von Brennholz er besitzt. Händler dürfen ihr noch im Wald lagerndes Brennholz zunächst nicht weiter verkaufen. Auch die Besitzer von Sägewerken haben der Landesbrennholzstelle die Menge, den beabsichtigten Verkauf ihres Abfallholzes anzuzeigen. Die Ausfuhr von Brennholz außerhalb Badens ist verboten.

* **Verkauf von Samen.** Das Ministerium des Innern hat bestimmt, daß Samen von Rotklee, Luzerne, Esparsette und Infarnatklee durch die Erzeuger nur an die Bad. Futtervermittlung in Karlsruhe oder an deren Unterkäufer abgesetzt werden darf. Die Ausfuhr von Samen genannter Arten ist nur mit Genehmigung der Bad. Futtervermittlung aufgrund eines von ihr ausgestellten Versandscheines gestattet.

* **Das Kriegsanleihe-Thermometer.** Dem „Kölner Stadtanzeiger" erzählt ein Leser folgendes: „In unserer Mittelschule hat man ein originelles Kriegsanleihe-Thermometer aufgehängt. Es ist wie jedes andere Thermometer in Grade eingeteilt, die 1 Zentimeter Abstand voneinander haben. So oft 100 Mark gezeichnet werden, steigt das Thermometer um 1 Zentimeter, d. h., es wird jedesmal ein weiterer Grad mit Tusche geschwärzt. Es hängt im Flur des Unterhauses, so daß die Schüler die Zeichnungen ständig verfolgen können, was sie natürlich mit Interesse tun. Wenn das Thermometer auf den Höhepunkt gestiegen ist, sind 20 000 M. auf die Kriegsanleihe gezeichnet, da es eine Länge von 22 Meter hat. Hoffentlich wird diese Summe durch fleißige Arbeit der Schüler und durch die Hilfe der Eltern der Schüler erreicht werden. Sollte die Summe überschritten werden, so wird man später noch ein Stück an das Thermometer ansetzen."

Vereinsnachrichten.

* Der **Bad. Landwirtschaftliche Verein** hielt seine alljährliche ordentliche Versammlung der Vertreter der Bezirksvereine (Landesausschußsitzung) unter dem Vorsitz seines Präsidenten Geh. Rat Salzer in Karlsruhe ab. Nachdem der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen erledigt hatte, worunter insbesondere diejenige erwähnenswert ist, daß der Verein sich an der 7. Kriegsanleihe mit 5000 Mk. beteiligt, wurden die Gegenstände der Tagesordnung erledigt, und zwar der Geschäftsbericht für 1916, die Rechnung und der Voranschlag für 1917. Das Präsidium wurde ermächtigt, sich für den Verein an den Verhandlungen zur Ausführung des Gesetzes vom 5. Juli d. J. betr. den Verkehr mit Grundstücken in der Kriegs- und Uebergangszeit zu beteiligen und seiner Zeit dem Landesausschuß und den Bezirksvereinen die weiteren Vorschläge vorzulegen. Die Beteiligung an der Errichtung einer Geflügelzentrale, verbunden mit einer Landes-Geflügelzuchtanstalt, durch den Landesverband Bad. Geflügelzuchtvereine und -Züchter wurde abgelehnt, weil die Bad. Landwirtschaftskammer organisationsmäßig mit der Förderung der Geflügelzucht beauftragt ist. Mit einem Hoch auf den Protektor des landw. Vereins, den Großherzog, wurde die Versammlung geschlossen.

Mannheimer Schöffengericht.

Unter Bezugnahme auf den Bericht im gestrigen Abendblatt über die Pferdehandelsangelegenheit werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es bei Pferden eine Krebskrankheit, die das zum Genuß bestimmte Fleisch in Mitleidenschaft zieht, nicht gibt. Der Krebs tritt bei den Pferden nur an den Augen auf, die selbstverständlich in den Pferdemetzgereien nicht zur Verwendung gelangen. Das ist auch bei dem hier in Frage kommenden Pferde der Fall. Zur Beunruhigung der Pferdefleischesser liegt infolgedessen nicht die geringste Veranlassung vor.

Stimmen aus dem Publikum.

Kleinkinderpflege in Mannheim.

Aus der Heimat wurde mir der Artikel, den Herr Stadtpfarrer W. Sauerbrunn in obiger Angelegenheit vor mehreren Tagen in Ihrem geschätzten Blatte erscheinen ließ, eingesandt und ich bestätige freudigen Herzens dessen Anregungen. Auch ich empfinde es schmerzlich, daß sich Mannheim als Großstadt bis jetzt sehr wenig der Kleinkinderpflege angenommen hat, kann doch gerade diesem Gebiete garnicht genug Fürsorge zugewendet werden. Hauptsächlich für die Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren wurde bis jetzt viel zu wenig getan. Solange die Tagesheime des Mutterhauses für Kleinkinderschwestern in der Windeckstraße 9 und auf der Rennwiese bestehen, ist diesem Notstand noch einigermaßen abgeholfen: aber die letztere Einrichtung soll mit dem 1. November in Wegfall kommen. Was geschieht dann nach diesem Zeitpunkte über die Wintermonate? Falls bis dorthin von der städtischen Behörde oder Kriegsfürsorge keine umfassenden Vorkehrungen getroffen sind, werden wohl viele Frauen genötigt werden ihre seitherige Beschäftigung aufgeben müssen, um sich der Pflege und Aufsicht ihrer verlassenen Kinder zu widmen. Bei der heutigen teueren Lebensweise fallen dann naturgemäß diese Frauen der Stadtverwaltung zur Last.

Noch nie war die Erledigung dieser Frage so brennend, wie heute und die Stadtverwaltung sollte deshalb keine Mittel und Wege scheuen, sofort Abhilfe zu schaffen. Anregungen und Vorschläge, auf welche Weise sich eine Organisation hierfür bewerkstelligen ließe, hat ja Herr Stadtpfarrer Sauerbrunn in seinem Artikel in erschöpfender Weise dargelegt. Diese möchte ich noch dahingehend unterstützen, daß die zu schaffenden Heime unbedingt für eine mehrmalige tägliche Speisung der Kinder eingerichtet sein müssen, denn eine große Anzahl der Frauen haben durchgehende Arbeitszeit, die es nicht gestattet, ein Mittagessen zu Hause zubereiten zu können. Für die Oststadt findet sich vielleicht ein hierzu passender Raum in der Pestalozzischule, etwa die Turnhalle, die nicht nur geräumig, hoch und luftig wäre, sondern auch heizbar ist.

Selbst seit den ersten Tagen des Krieges im Felde stehend, ist meine Frau gezwungen, den Lebensunterhalt für die Familie durch ihrer eigenen Hände Arbeit zu verdienen, nachdem die kleinen Ersparnisse völlig aufgebraucht sind. Sie muß daher ihr Kind tagsüber in fremde Obhut geben, was bis heute durch die Unterbringung in dem Tagesheim geschah. Nun sie aber hörte, daß die Heime tatsächlich am 31. Oktober geschlossen werden sollen und sie keine andere Unterkunftsmöglichkeit für ihr Kind findet, klagt sie mir heute bitter ihre Lage. Ich hoffe zuversichtlich, daß nichts unversucht bleiben wird, um eine tatkräftige Abhilfe in die Wege zu leiten, damit die berechtigten Klagen bald ganz verstummen. **Ein Feldgrauer.**

Was droht dem deutschen Bauern?

Das, was dem ganzen deutschen Volke droht, wenn es nicht einmütig zusammenhält, wenn es sich nicht darin einig ist, daß es seine Heimat mit allen Mitteln verteidigen muß: Verlust seiner Heimat, der Scholle, die er von seinen Vätern ererbt hat, für die und auf der er Jahre und Jahre im Schweiße seines Angesichts gearbeitet hat. Verlust und Verwüstung! Und dem allen kann er entgehen, wenn er jetzt hilft die Kraft des deutschen Volkes zu stärken, wenn er Kriegsanleihe zeichnet.

Aus dem Großherzogtum.

T. **Lahenburg**, 4. Okt. Dem Herrn Feldoberpostsekretär Peter Stich, ein Sohn unserer Stadt, der längere Jahre in Mannheim an der Hauptpost tätig war, bis er sich dem anstrengenden Dienste der Feldpost widmete, wurde in Anerkennung seiner verdienstvollen, hingebungsvollen Tätigkeit vom Großherzog das Ritterkreuz 2. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen, nachdem er im letzten Jahre schon mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden war.

* **Heidelberg**, 3. Okt. Der Gefangenen-Opfertag hatte hier ein recht günstiges Ergebnis. Die Haus- und Straßensammlung ergab über 11 000 Mark. Zählt man hinzu, was von Heidelberg an den Prinz Max-Fonds gelangt ist (rund 57 000 Mk.), so steht schon jetzt ein Gesamtaufkommen von über 85 000 Mk. sicher fest.

□ **Weinheim**, 3. Okt. In der Turnhalle des Realgymnasiums fand gestern Abend eine gutbesuchte Hindenburgfeier statt. Gymnasialdirektor Haaß schilderte in der Festansprache die für uns günstige Kriegslage und feierte Hindenburg als Deutschlands Befreier. Prof. Keller gab Stimmungsbilder von der Front. Zum Schlusse richtete Reichsbankvorstand Bensch an die Anwesenden eine eindringliche Ermahnung zur Zeichnung der siebten Kriegsanleihe.

)(**Freiburg**, 5. Okt. Die Sammlung für die Kriegsgefangenen hat hier, ausschließlich des Landbezirks, den Betrag von rund 18 000 Mk. ergeben.

oc. **Konstanz**, 3. Okt. In der Nähe der schweizerischen Ortschaft Schönholzerswilen hat sich ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Sieben mit Viehhüten beschäftigte Knaben hielten den ungefähr einen Millimeter dicken Draht eines niederfliegenden Ballons. Sie glaubten den Ballon zur Erde ziehen zu können, während dieser stets sinkend bei Hagenwil die Starkstromleitung von 25 000 Volt berührte. Die sieben Knaben wurden zu Boden geworfen, zwei wurden sofort durch den Starkstrom getötet, während fünf längere Zeit bewußtlos blieben.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* **Speyer**, 4. Okt. Regierungsassessor Eduard Bauch von der K. Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, wurde zum Bürgermeister von Bad Kissingen gewählt.

* **Weisenheim a. S.**, 4. Okt. Ein schönes Geschenk hat dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Gemeinde Weisenheim a. S., wo Hindenburg, wie er selbst kürzlich bei einem Pfälzer Besuch erwähnte, im Feldzug 1870/71 als junger Offizier auf dem Durchmarsch durch die Pfalz einquartiert war und die gastlichste Aufnahme gefunden hat, zu seinem 70. Geburtstag übersandt. Namens der Gemeinde sandte Bürgermeister Schick mit einer Glückwunschdepesche aus unserem „Pfälzer Paradies" eine Sendung Obst, die mit Unterstützung von Obstgroßhändler Honacker zusammengestellt worden ist, an den Generalfeldmarschall.

⚒ **Büdingen in Oberhessen**, 1. Oktober. In einer glücklichen Lage sind die Bewohner des Kreises Büdingen. Dort erfolgt Herstellung und Verkauf von preiswerten Schinken und Würsten im Auftrag des Metzgerverbandes des Kreises Büdingen durch zwei Metzgermeister in Büdingen und Nidda. Von diesen Waren kosten Rollschinken das Pfund 2,90 Mark, Dörrfleisch mager 2,60 Mark, Zervelatwurst 3,10 Mark, Schwartenmagen 2,60 Mark das Pfund. Dabei wird noch bekannt gegeben, daß voraussichtlich auch während des Winters von diesen Waren wird dauernd hergestellt und abgegeben werden können. Es handelt sich dabei also nicht um eine vorübergehende Erscheinung.

⚒ **Wiesbaden**, 1. Oktober. Auf ein hundertjähriges Bestehen kann die Schlitzerfabrik Knapp in St. Goarshausen zurückblicken. Aus Anlaß dieses Tages hat die Inhaberin der Firma, Frau Helene Graubner, geb. Koch in Wiesbaden, zum Andenken an ihren Vater, Kommerzienrat Koch, der Stadt St. Goarshausen fünfzigtausend Mark unter dem Namen Heinrich Koch-Stiftung überwiesen. Die Stiftung soll gemeinnützigen Zwecken dienen. — Um Mittel für allgemeine Kriegswohlfahrtszwecke zu gewinnen, wurde hier ein zweitägiger Opfertag veranstaltet, dessen Ergebnis sich allein in dem Verkauf an den Ständen von Obst, Rauchwerk, Blumen und Karten auf gegen 18 000 Mark stellt.

* **Stuttgart**, 4. Okt. Geh. Hofrat Eduard von Pfeiffer, dessen Opferwilligkeit und sozialem Tiefblick die Stadt Stuttgart schon so manche gemeinnützige Einrichtung verdankt und der darob schon längst von der Stadtgemeinde zum Ehrenbürger ernannt worden ist, hat seinen früheren hochherzigen Stiftungen eine neue hinzugefügt. Er hat, wie der Staatsanzeiger mitteilt, mit seiner Gemahlin zu Gunsten der Stadt Stuttgart eine zunächst mit einer Million Mark ausgestattete rechtsfähige gemeinnützige Stiftung errichtet, der für später weitere Zuwendungen in Aussicht gestellt sind. Die von eigenen Organen zu verwaltende Stiftung soll unter Ausschluß der Armenpflege und der Unterstützung von Einzelpersonen wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken dienen, und zwar in erster Linie einerseits das leibliche und soziale Wohlbefinden, andererseits die geistige und sittliche Entwicklung der Minderbemittelten fördern. Als Einzelaufgabe erwähnt die Stiftungsurkunde beispielsweise die Förderung von Kindern nicht bemittelter Eltern in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung, die Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes, die Erhöhung der Volksbildung, die Milderung der Gegensätze zwischen den Volksklassen und Konfessionen, die Hebung des Sparsinns, die Erleichterung des Personalkredits, die Bekämpfung des Wuchers. Als ein besonderer Aufgabenkreis ist in § 5 die Hebung des Kunstsinns und die Förderung der Kunst bezeichnet.

Handel und Industrie.

Die Errichtung einer Landbank in Baden.

oc. Karlsruhe, 4. Okt. Bei den Verhandlungen der Zweiten Badischen Kammer über den Gesetzentwurf betr. den Verkehr mit Grundstücken in der Kriegs- und Uebergangszeit hatte sich die Regierung bereit erklärt, die Gründung einer Art Landbank in die Wege zu leiten zur Bekämpfung der Güterschlächterei. Es wurde dabei betont, daß es nur dann möglich sei, den Güterhandel, der sich bekanntlich vor allem in der Bodenseegegend breit macht, wirksam zu bekämpfen, wenn an Stelle der jetzigen Vermittlung von Grundstücken eine gemeinnützige tritt. Das Ministerium des Innern hat in der letzten Zeit die Angelegenheit weiter gefördert; zum Abschluß ist sie aber noch nicht gekommen. Neuerdings beschäftigte sich nun die „Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspresse" mit der Errichtung einer solchen badischen Landbank. Sie schreibt dazu: Da es nicht zu den regelmäßigen Aufgaben der Gemeinden, der Spar- oder Darlehnskassen gehören kann, verkäufliche Bauerngüter zu erwerben, so ist beabsichtigt, mehrere Landbanken (bisher war nur von einer Landbank die Rede. D. Red.) an die Stelle des vermittelnden Güterhandels treten zu lassen. Als Gesellschafter einer solchen Vermittelungsstelle kommen in Betracht in erster Reihe die Sparkassen, die Vorschußvereine und Kreditvereine, die ländlichen Zentralkassen, die Badische Landwirtschaftskammer, der Staat, die Kreise und Gemeinden. Der Geschäftskreis der Landbank sollte nur so groß sein, daß die Leitung der Bank das Geschäftsgebiet gut übersehen und mit allen Beteiligten unmittelbar, ohne Vermittlung Dritter, verkehren kann. Die Leitung muß in der Hand eines Bankfachmannes und eines landwirtschaftlichen Fachmanns liegen. Wenn das Vermögen des Bewerbers zum Kauf nicht ausreiche, komme die Verpachtung des Gutes unter Umständen auch der Fahrnisse, auf längere Jahre in Frage.

Eisenindustrie zu Menden u. Schwerte, A.-G., Schwerte

r. Düsseldorf, 5. Okt. (Pr.-Tel.) In der heutigen Hauptversammlung, in der 1480 Stimmen vertreten waren, wurde die sofort zahlbare Dividende auf 12 Prozent festgesetzt. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß der vorliegende Auftragsbestand eine weitere intensive Ausnützung des Betriebes sichere. Man hoffe, daß es gelingen werde, der Gesellschaft die erforderlichen Rohstoffe zuzuführen. Das bisherige Betriebsergebnis war zufriedenstellend.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 5. Okt. (Pr.-Tel.) An der Börse war das Geschäft nicht sonderlich lebhaft, die Stimmung ungleichmäßig und teilweise Schwankungen unterworfen. Am Montanaktienmarkt wurden Phönix, Bochumer, letztere auf den Geschäftsbericht etwas reger umgesetzt. Harpener ließen im Verlauf mäßige Abschwächung erkennen, Buderus und Hohenlohe schwächten sich ab. Rüstungswerte hatten ruhigen Verkehr bei teilweisem Angebot. Adlerwerke Kleyer, auch Benz gaben etwas nach. Dagegen zeigte sich für Kaliwerte lebhaftere Nachfrage. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf Heidburg, welche ansehnlich anzogen. Recht ruhig lag der Markt der chemischen Aktien. Mit Ausnahme von Elektro-Griesheim, die vorübergehend lebhafter gehandelt wurden, lagen die übrigen Aktien ziemlich gut behauptet. Billiger offeriert wurden Petroleumaktien. Gut erholt haben sich Zellstoffaktien. Bei stillem Geschäft und mäßiger Abschwächung sind Schiffahrtsaktien zu erwähnen. Einige Nachfrage bestand für Maschinenfabrik Eßlingen. Auch Augsburg-Nürnberger lagen fest. Elektrowerte konnten sich gut behaupten. Heimische Banken waren still. Oesterreichische Kreditaktien fester. Schantungbahn, Staatsbahn zogen an. Lombarden behauptet. Deutsche Anleihe fest. Japaner, Argentinier und Chinesen konnten sich befestigen.

Der Schluß der Börse gestaltete sich ruhig bei behaupteter Tendenz. Privatdiskont 4 Prozent.

Berliner Warenmarkt.

Berlin, 5. Okt. Frühmarkt. (Im Warenhandel ermittelte nichtamtliche Preise. Großhandelspreise.) Die Preise sind gegen gestern unverändert.

Berlin, 5. Oktober. Warenmarkt. Im hiesigen Warenverkehr zeigte sich starke Nachfrage für Runkelrüben zu Futterzwecken, es stand jedoch nur wenig Ware zur Verfügung, da die Landwirte zu den bestehenden Höchstpreisen wenig Neigung zeigen, die Ware abzugeben. Am Rauhfutter- und Saatenmarkt ist es still.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 5. Okt. Bei leichten Schwankungen und ruhigem Geschäft war die Kursentwicklung heute überwiegend leicht nach unten gerichtet. Von Montanaktien erhielt sich Kauflust für Kohlenwerte. Auer waren stark rückgängig, da anscheinend die Ausschüttung nicht ganz befriedigte. Auch Erdöl und Rheinmetall bröckelten ab. Schiffahrtsaktien sowie türkische Werte still und etwas schwächer. Kauflust bestand unter Führung von Heidburg für Kaliaktien.

Berlin, 5. Oktober (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	5. Geld	5. Brief	4. Geld	4. Brief
Konstantinopel	20.20	20.30	20.10	22.20
Holland 100 Gulden	303.75	304.25	303.75	304.25
Dänemark 100 Kronen	220.00	220.50	220.00	220.50
Schweden 100 Kronen	243.75	244.25	243.75	244.25
Norwegen 100 Kronen	220.25	220.75	220.25	220.75
Schweiz 100 Franken	151.75	152.00	151.75	152.00
Oest.-Ungarn 100 Kronen	64.20	64.30	64.20	64.30
Spanien	130.½	131.½	130.½	131.½
Bulgarien 100 Leva	80.½	81.½	80.75	81.25

Newyorker Wertpapierbörse.

NEW YORK, 4. Oktober. (Devisenmarkt)

	4.	3.		4.	3.
Tendenz für Geld	ruhig	stramm	Wechsel auf London (60 Tage)	4.71 50	4.71.50
Geld auf 24 Stunden (Durchschnittssatz)	5.—	5.—	Wechsel auf London (Cable Transfers)	4.76.45	4.76.45
Geld letztes Darlehen	5.—	3½	Silber Bullion	93½	93½
Sichtwechsel Berlin	—.—	—.—			
Sichtwechsel Paris	5.79.50	5.79.50			

New-York, 4. Oktober. (Bonds- und Aktienmarkt).

	4.	3		4.	3.
Acht. Top. Santa Fé 4% Bonds	——	——	Missouri Pacific	27—	27½
United States Corp. Corps 2% Bonds	——	——	Mex. Railw. of Mex.	7—	7½
Acht. Top. Santa Fé	55—	55½	New York Cen r. c.	73½	74—
do. pref. ext. Divid	——	——	do. Ontario & Western	20½	20—
Baltimore & Ohio	58½	59½	Norfolk & Western	110½	110—
Canadian Pacific	146—	148—	Northern Pacific	50½	50½
Ches. & Ohio	53½	53½	Pennsylvania	51—	51½
Chic. Milw. & St. Paul	50½	49½	Reading	60½	61—
Denver & Rio Grande	6½	6½	Chicago Rock Isl & Pac.	17—	54—
Erie	19½	19½	Southern Pacific	90½	91½
Erie 1st pref.	29—	30—	Southern Railway	25½	26½
Erie 2nd pref.	——	——	Southern Railway pref.	61—	61½
Great Nothern pref.	101½	102—	Union Pacific	125½	127—
Illinois Central	100—	100—	Wabash pref.	45½	46½
Interborough Cons. Corp.	5½	5⅝	Americ. Can.	——	——
do. do. pref.	——	——	Amer Smelt & Ref.	93½	95½
Kansas City & Southern	——	——	Anac. Copp. Min.	69½	70½
do. pref.	——	——	Bethlehem Steel	95½	97—
Louisville u. Nashville	115 —	115—	Central Leather	——	——
Missouri Kans. & Texas	4½	4½	Intern. Mercantile Marine	——	——
			do. do. pref.	——	——
			United States Steels Corp.	105½	108½
			United Stat. Steel Corp pr	112½	114½

Aktien-Umsatz 930 000 (550 000)

Londoner Wertpapierbörse.

LONDON 4. Oktober.

	4.	1.		4.	1.		4.	1.
2½ Konsol.	55—	54¾	4½% Kriegsl.	100½	100½	Rio Tinto	——	55½
5 Argentin.	——	——	3½% Kriegsl.	86½	86½	Chartered	16-0	16-1
4 Brasilian.	——	56½	Canad. Pac.	——	——	De Beers	13½	14—
4 Japaner.	74½	——	Erie	24½	——	Goldfields	1½	1½
Portugiesen	——	——	South Pac.	——	——	Nat. R. Mex.	—	7—
5 Russen 1906	70—	71—	Union Pac.	——	——	Randmines	—	3—
4½ Russ. 1909	——	——	Steels	114—	114½	Pr. Diskont	3⅞	4½
3½% Consols	54⅞	54⅞	Anaconda C.	——	——	Silber	93½	93½

Newyorker Warenmarkt.

NEW YORK, 3. Oktober.

	3.	1.		3.	1.		3.	1.
Baumwolle	——	15.05				Weizen hard		
Zuf. Atl. Häf.	——	21.00	pr Okt.	—.—	23.49	Wt. N.2 neue	225—	225—
Im Inneren	——	27.00	pr Dez.	—.—	22.71	No. 1 Nothern		
Exp. n. Engl.	——	32.00	(Sav.	—.—	45	(Duluth)	226.—	230—
Exp. n. d. Ot.	——	——	Terp (NYork	—.—	42.—	Gest. Stadt	nom.	nom.
NYork isko pr Oktober	27.25	26.25	Schmalz Wes	—.—	24.85	Ms. loko o. L. fg	—.—	215.—
pr Nov.	26.55	24.27	Talgspez. Vkf.	16.½	16.½	Mehl Spr.		
pr Dez.	26.16	24.63	Zuck., 96 Tet.	6.90	6.90	Wh. el. (neu)	10.10-10.20	10.10-10.20
pr Jan.	25.96	23.83	Kaffee Rio Nr. 7 loko	8.½	8.½	Kleinsam la	22.75	22.77
pr Febr.	25.84	23.63	Sept	7.19	7.26	do. fla	22.25	22.35
pr März	25.69	23.64	Dez	7.24	7.30	Elektr. Kopf.	—	26—27
pr April	25.94	23.74	Jan.	7.41	7.53	Rohsinn	—	6100
N. Orleans loko	25.95	23.75	März	7.61	7.72	Petroleum		
	23.25	24.17	Mai	7.70	7.85	Cred. Balanz.	350—	300.—

Chicagoer Warenmarkt.

CHICAGO, 3. Oktober.

	3.	1.		3.	1.		3.	1.
Weizen Sept	—.—	—.—	Schmalz			Speck	——	
pr Dez.	——	—.—	pr. Okt.	—.—	24.70	Schweine		
Mais Dez.	115.½	116.½	Pork: Sept.	—.—	45.—	leichte	18.00	18.50
pr Mai	116.½	116.½	pr Okt.	—.—	—.—	schwer	18.00	18.50
Hafer Sept.	60.—	59	Rippen pr. Sept.	26.57	26.45	Schweine-zuf. i. West.	56 000	65 000
Schmalz pr. Sept.	24.72	24.30	pr. Okt.	—.—	—.—	dr. Chicag.	8 000	20 000

Letzte Handelsnachrichten.

Frankfurt, 5. Okt. (Pr.-Tel.) Die Annweiler Email- und Metallwerke vorm. Franz Ullrich Söhne, Annweiler verzeichnen für 1916—17 nach 156 186 M. (i. V. 460 917 M.) ermäßigten Abschreibungen einen Reingewinn von 855 885 M. (i. V. 414 021 M.), wovon auf das von 1,60 Mill. M. auf 2,40 Mill. M. erhöhte Aktienkapital wieder 10 Prozent Dividende verteilt werden und 350 000 Mark (i. V. 70 000 M.) für Kriegssteuer zurückgestellt werden.

r. Düsseldorf, 5. Okt. (Pr.-Tel.) Dem Rheinisch-Westfäl. Elektrizitätswerk, Essen wird eine Dividende von 8 Prozent wie im Vorjahr durch den Aufsichtsrat vorgeschlagen.

MARCHIVUM

Amtliche Bekanntmachungen

Höchst- und Richtpreise.

Die städtische Preisprüfungsstelle für Marktwaren hat heute folgende Preise festgesetzt:

		Pfennig
Kartoffeln,	Höchstpreis 10 Pfund	85
Bohnen,	Richtpreis das Pfund	40 - 45
Karotten, runde u. kleine längliche	Richtpreis das Pfund	18
Gelberüben, rotfleischige	Richtpreis das Pfd.	12
Gelberüben, gelbfleischige,	Richtpreis das Pfd.	9
Rote Rüben, abgeschn.,	Richtpreis das Pfund	10
Kohlrabi,	Richtpreis das Pfund	18
Erdkohlraben,	Richtpreis das Pfund	10
Weißkraut,	Richtpreis das Pfund	8
Rotkraut	Richtpreis das Pfd.	18
Wirsing,	Richtpreis das Pfund	18
Zwiebeln, abgeschn.,	Richtpreis das Pfund	35
Tomaten	Richtpreis das Pfd.	20
Blumenkohl,	Richtpreis das Pfund	8
Spinat	Richtpreis das Pfund	20
Mangold, m. weiß. Stiel,	Richtpreis, das Pfund	10—15
Kopfsalat, je nach Größe,	Richtpreis das Stück	6—15
Endiviensalat, je nach Größe	Richtpreis das Stück	10—15
Steinpilze u. Champignons	Richtpreis d. Pfd.	75—90
Andere Pilze	Richtpreis, das Pfund	40—60
Holunderbeeren,	Höchstpreis das Pfund	50
Brombeeren,	Höchstpreis das Pfund	65
Preiselbeeren,	Höchstpreis das Pfund	55
Weinbergpfirsiche, großfrüchtige,	Höchstpreis das Pfd.	58
Weinbergpfirsiche, kleinfrüchtige	Höchstpreis das Pfd.	34
Obst-Pfirsiche (Mindestgewicht 75 Gr. das Stück),	Höchstpreis das Pfund	60
Zwetschgen	Höchstpreis das Pfund	30
Aepfel, Gruppe I	Höchstpreis das Pfund	60
„ „ II	Höchstpreis das Pfund	30
„ „ III	Höchstpreis das Pfund	15
Birnen, Gruppe I	Höchstpreis das Pfund	55
„ „ II	Höchstpreis das Pfund	34
„ „ III	Höchstpreis das Pfund	9
Quitten,	Höchstpreis das Pfund	30

Diese Höchst- und Richtpreise müssen auch beim Verkauf im Laden eingehalten werden; Ausnahmen von den Richtpreisen können nur nach Vorlegung der Rechnungen und der Kalkulationsberechnung beim Preisprüfungsamt zugelassen werden. Die Verkäufer auf den Märkten der Stadt sind verpflichtet an allen Marktwaren die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen; die Ladenbesitzer müssen diese Preise in das am Schaufenster ausgehängte Preisverzeichnis eintragen bezw die bisherigen Preise entsprechend abändern, außerdem sind bei den Gruppen I (Edelobst) die Namen der Obstsorten an den Waren anzubringen.

Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten; von morgens 8 Uhr an muß jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, im Kleinen an Jedermann abgegeben werden.

Obige Preise treten am Montag, den 8. Oktober in Kraft und gelten bis einschließlich Sonntag, den 14. Oktober, soweit nicht andere Preise festgesetzt werden.

Mannheim, den 4. Oktober 1917. Sw82

Städtisches Preisprüfungsamt: Dr. Hofmann.

Oeffentliche Aufforderung.

Im Hauptfriedhof gelangen demnächst zur Umgrabung.

1. Im alten Friedhofteil von der ersten Abteilung die fünfte Sektion enthaltend die Gräber
   a) der in der Zeit vom 12. Dezember 1895 bis 30. Juli 1896 verstorbenen Kinder,
   b) der in der Zeit vom 2. Februar 1895 bis 18. Oktober 1895 verstorbenen Erwachsenen,
   c) die bei der erstmaligen Umgrabung dieser Sektion in den Jahren 1896/96 bereits einmal übergangenen Gräber der in der Zeit vom 17. Mai 1892 bis 18. Dezember 1895 verstorbenen Kinder und Erwachsenen.
2. Im neuen Friedhofteil von der sechsten Abteilung die vierte Sektion enthaltend die Gräber der in der Zeit vom 24. Juli 1904 bis 8. Oktober 1904 verstorbenen Kinder.

Gegen Entrichtung der Verschonungstaxe, die für a) ein Kindergrab für die 1. Uebergehung 15 ℳ und für die 2. Uebergehung . . . . 30 ℳ
b) für das Grab eines Erwachsenen für die 1. Uebergehung . . . . . 25 ℳ und für die 2. Uebergehung . . . . 50 ℳ beträgt, werden die Kindergräber auf eine weitere 10jährige und die Gräber der Erwachsenen auf eine weitere 20jährige Ruhezeit übergangen. Anträge hierwegen sind bis längstens 1. November 1917 bei unserem Sekretariat im Rathause N 1, II. Stock, Zimmer 61, zu stellen.

Grabdenkmäler, Einfassungen und Pflanzungen auf Gräbern, deren Uebergehung nicht beantragt wird, sind bis längstens 1. November 1917 zu entfernen. Nach Ablauf dieser Frist werden wir über die nicht entfernten Materialien geeignete Verfügung treffen.

Mannheim, den 28. August 1917.

Friedhofkommission:
Brehm. Zeitler.

Städt. Sparkasse Mannheim.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Die Städt. Sparkasse Mannheim, die seither schon einen sehr ausgedehnten Scheck- und Ueberweisungsverkehr hatte, hat durch ihren Anschluß an den neugegründeten und mit allen gleichen Deutschen Verbänden zusammengeschlossenen Giroverband Badischer Gemeindesparkassen eine umfassende Erweiterung ihrer Girveinrichtungen geschaffen. Die letzteren ermöglichen jedem ihrer Kunden, Zahlungen überallhin im Deutschen Reich auf einfachstem Ueberweisungsweg zu leisten. Sw47

Der Anschluß an den Giroverkehr der Städt. Sparkasse setzt die Eröffnung eines Girokontos bei ihr voraus. Ueberweisungen über dieses Girokonto sind vollständig gebührenfrei. Einzahlungen auf ein solches Girokonto können auf jedem beliebigen Zahlungswege und mit allen üblichen Zahlungsmitteln geschehen. Die Verfügung über die Guthaben ist an keine Einschränkung und an keine Kündigungsfrist gebunden. Die Guthaben selbst werden zurzeit mit 3% verzinst. Vordrucke für Ueberweisungsaufträge sind bei der Städt. Sparkasse unentgeltlich erhältlich.

Bargeldloser Zahlungsverkehr ist heute unabweisbare Aufgabe für jedermann, und die Einschränkung des Bargeldumlaufs eine Pflicht gegenüber dem Vaterland.

Wir laden zur Eröffnung von Girokonten bei der Städt. Sparkasse nachdrücklich ein und erteilen gerne jede weitere gewünschte Auskunft.

Straßenbahn!

Die Schalterstunden der Straßenbahnkasse in der Collinistraße werden mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt: Sw19

Montag bis Freitag von Vorm. 8 Uhr bis 12 Uhr und Nachm. von 2 Uhr bis 5½ Uhr
an Samstagen von Vorm. 8 Uhr bis 1 Uhr und nachm. von 3 Uhr bis 7 Uhr

Die Verkaufsstelle U 3, 16 wird an Samstagen von vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr ununterbrochen geöffnet sein.

Mannheim, den 2. Oktober 1917.

Straßenbahnamt.

Bekanntmachung.
Die Feuerschau im Bezirk III Lit. L—O hier betreffend.

Mit den Vorerhebungen zur allgemeinen Feuerschau im III. Bezirk Lit. L—O durch den Feuerschauer wird in der I. Hälfte des Monats Oktober l. Js. begonnen. Sp128

Die Untersuchungen werden vorgenommen in der Zeit von 8½ Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags und erstrecken sich auf alle gewerblichen Betriebe, Läden, Wirtschaften und dergl.

Die Hausbesitzer, Mieter und sonstige Inhaber der Gewerbebetriebe haben den mit den Vorerhebungen Beauftragten den Eintritt in das Haus und die Besichtigung aller Räume zu gestatten.

Mannheim, den 28. September 1917.

Großh. Bad. Bezirksamt — Abt. V. —
Vorstehendes veröffentlicht. Sp66

Mannheim, den 2. Oktober 1917.

Bürgermeisteramt:
Dr. Finter. Keitler.

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Frostspannerraupen betr.

In den vorhergehenden Jahren wurde die obstbautreibende Bevölkerung auf das immer stärkere Auftreten der Frostspannerraupen aufmerksam gemacht und aufgefordert, auf eine allgemeine Bekämpfung dieses Schädlings hinzuwirken. Das starke Auftreten der Raupen im vergangenen Frühjahr hat gezeigt, wie notwendig diese Aufforderung war. Dieses starke Auftreten läßt aber auch auf eine noch stärkere Raupenplage im nächsten Jahre schließen. **Es muß daher das Gürteln in diesem Herbst ganz allgemein und vor allem sehr gewissenhaft und gut ausgeführt werden.**

Genaue Anleitung über das Anlegen der Gürtel geben die städtische Fuhr- und Gutsverwaltung und die Gemeindesekretariate. Nach den Erfahrungen des Vorjahres wird dringend zur Beschaffung eines guten, wenn auch teueren Raupenleims geraten.

Das Volksschulrektorat ist ersucht worden, die oberen Knabenklassen der Vororte unter Aufsicht ihrer Lehrer für das Anlegen der Klebgürtel zur Verfügung zu stellen.

Die Klebgürtel müssen bis spätestens 31. Oktober angebracht sein. Sp. 65

Mannheim, 1. Oktober 1917.

Bürgermeisteramt:
Dr. Finter. Schweigert.

Bekanntmachung.

Samen- und Düngerbezug für die Inhaber von Klein- und sogen. Kriegsgärten betr.

Um den Inhabern von Klein- und sogen. Kriegsgärten den Bezug der benötigten Sämereien und künstlichen Dünger zu erleichtern, beabsichtigen wir, uns mit größeren Posten dieser Artikel einzudecken, welche dann zum Selbstkostenpreise an die Interessenten abgegeben werden sollen.

Diejenigen Garteninhaber, welche sich an dem gemeinsamen Bezug beteiligen wollen, werden ersucht, ihre Adresse unter gleichzeitiger Angabe der benötigten Mengen, auf unserem Büro Rathaus N 1, 2. Stock, Zimmer Nr. 30, bis längstens 10. November d. J. aufzugeben. Sw. 49

Mannheim, den 2. Oktober 1917.

Städtisches Tiefbauamt:
J. V. Horswitz.

Bekanntmachung.

Mit der Revision des Katasters der land- und forstw. Unfallversicherung wurde begonnen. Wir fordern alle diejenigen, deren landwirtschaftlicher Betrieb im Laufe des Jahres eine solche Aenderung erfahren hat, welche eine Versetzung in eine höhere oder niedere Beitragsklasse bedingt, sowie diejenigen, welche einen Betrieb neu eröffnet oder eingestellt haben, hiermit auf, diese Veränderungen anzuzeigen.

Das Kataster für Mannheim-Altstadt liegt bei der städt. Gutsverwaltung, Luisenring 49, dasjenige für Käfertal und Waldhof auf dem Gemeindesekretariat Käfertal, diejenigen von Neckarau, Feudenheim und Rheinau auf den betr. Gemeindesekretariaten und diejenigen von Sandhofen, Sandtorf und Kirschgartshausen auf dem Gemeindesekretariat Sandhofen zur Einsicht der Beteiligten während 14 Tagen auf.

Mannheim, den 15. September 1917. Sp. 65

Die Abschätzungskommission.

Bekanntmachung.

Geflügelcholera unter dem Hühnerbestand der Firma Rhonheimer & Elsas, D 7, 4 hier, betr. Sp65

Die Geflügelcholera unter dem Hühnerbestand der Firma Rhonheimer & Elsas, D 7, 4 hier, ist erloschen.

Mannheim, 2. Okt. 1917.

Bürgermeisteramt
Dr. Finter
Schweigert.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Pfandscheinen über die jetzt verfallenen Pfänder vom Monat September 1916 und zwar vom Leihamt I: über Goldpfänder (rote Scheine)

Lit. A 1 Nr. 26477 bis mit Nr. 29090 über Kleider- und Weißzeugpfänder (weiße Scheine)

Lit. B 1 Nr. 96495 bis mit Nr. 102460 und (grüne Scheine)

Lit. C 1 Nr. 117506 bis mit Nr. 120000 und Nr. 1 bis mit Nr. 2060, ferner vom Monat März 1917 über Sparkassenbücher (blaue Scheine)

Lit. D Nr. 381 bis mit Nr. 382

werden aufgefordert, ihre Pfänder spätestens im Laufe des Monats Oktbr. 1917 auszulösen, anderfalls diese Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.

Mannheim, 2. Okt. 1917.

Städtisches Leihamt.

Statt Karten!

Dr. jur. et phil. Alfred Haselmann
Frau Erna Haselmann geb. Ritter
zeigen die Geburt ihres

zweiten Jungen an.

Mannheim, den 4. Oktober 1917.
Richard Wagnerstrasse 27

Verlangen Sie nur Dr. Greiner's Ia. Eiweiss-Suppenwürze garant. 20/22% vol. Eiweißgehalt
Sie finden keine bessere Würze!
zu vorgeschriebenen Preisen in den meisten besseren Lebensmittelgeschäften zu haben. Eh56
Für Grosshändler und Wiederverkäufer zu Fabrik-Preisen durch
Ferd. Hofmann, Mannheim C 8, 4 Tel. 1123 C 8, 4

Mein Herrensalon ist wieder geöffnet
Wachter, Friseur
E 5, 18. 5462a

Wer interessiert sich für Lackankauf
Max Bayer
Neumarkt bei Nürnberg. 6589m

Glühstrümpfe
Ia. Qualitäten für Häng- u. Stehlicht bei 4818a
Armbruster
E 1, 13

Umpressen
von Damen-Hüten in Velour und Filz.
Werderstrasse 5 part. bei Stöckler.
T144a

Klingelleitungen repariert
Armbruster
E 1, 13.

Offene Stellen.

Fleißiger, intelligenter Junge a. gut. Familie als
Lehrling
gesucht. La320
Wilhelm Kahn, Q 5, 16.

Tücht. Friseurgehilfe
gesucht. Näh. Hartmann, Mittelstraße 119. 8456a

Braves Mädchen
welches etwas nähen kann, für die Zimmer und zu zwei größeren Kindern gesucht. D320
F 5, 1, 1 Treppe.

Mädchen
für sofort gesucht.
8455a D 2, 8 II.

Mädchen od. Frau
sauber, ehrlich und fleißig, zu kleiner Familie p. sof. od. 1. Nov. gesucht. 8426a
Wespinstraße 4, 1 Tr. l.

Ehrliche Fleißige
Monatsfrau gesucht
8459a Q 1, 5/6, 3 Tr. l.

Monatsfrau
oder Mädchen
für leichte Hausarbeit nachmittags von 2—5 Uhr gesucht 8464a
P 7, 25, 4. St.

Eine Frau
für leichten Monatsdienst morgens von 8—9 Uhr gesucht. M 2, 13 II. 8460a

Verkäufe.

Blauer Kinderwagen
zu verkaufen. 8447a
Meßplatz 1, 3. St.

Eleganter dunkelblauer
Kinderwagen
und 4flammiger
Junker & Ruhgasherd
fast neu, zu verkaufen.
Friedrich-Carlstraße 12, 1 Treppe. 8466a

Neue 8427a
Warmwasser-Anlage
Roon-Kessel zu verkaufen.
R 6, 7.

Kauf-Gesuche.

Größeres einfaches
Büchergestell
zu kaufen gesucht. 8492a
P. Detroy, G 5, 15.

Klavier
gut erhalten oder wenig gebraucht, privat geg. bar gesucht. Angebote unter W. N. 67 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 8468a

Magazine.

Ein 8stöckiges
Magazin
mit Aufzug zu vermieten. Büro vorhanden. Rb180
Näh. zu erfahren Dr. Mogenau, M 5, 6, part.

MANOLI
DIE FÜHRENDE ZIGARETTE

Kriegsanleihe-Versicherung
mit günstigen „Phönix“ Monatsraten (ohne Zuschläge) mit und ohne Untersuchung. — Sofortige Vollauszahlung im Kriegssterbefalle durch die Filial-Direktion:
K. Th. Balz, Mannheim, Friedrichsring U 3, 17. Tel. 3640.

Grössere Fabrik
mit etwa 1500—2000 □ m Arbeitsräume, elektr. Kraft- und Lichtanlage in Mannheim oder näheren Umgebung per sofort zu kaufen oder zu mieten gesucht. S271
Ausführliche Angebote unter G. P. 189 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Grosse Büroräume
am Friedrichsplatz, mit Zentralheizung 2c. sofort oder später zu verm. Näh. T 6, 17 (Büro). 9207

Vermietungen
Wohnungen

E 5, 1 Ecke Fruchtmarkt 2 Obergesch. Wohn. 10 Zim., wovon 5 Aussicht auf Fruchtm., Bad, Küche, Vorratsk., entspr. Speicher u. Kellerr. per sofort zu vermieten. Näher. Emil Hirsch, E 7, 21. Ja209

Augusta Anlage 17
Hinths., 2 Zimmer u. Küche f. kl. Familie z. v. 8345a

Bismarckstr. L 8, 14
Parterrewohng. 5 Zimmer preisw. z. verm. Näh. 2. St. 8457a

M 1, 4 Breitestraße
Wohnung 1 Treppe, 8 Zimmer per Frühjahr evtl. auch für feines Büro geeignet, zu verm. Näh Möbelladen. Sa271

Kleinfeldstraße 14
1 Zimmer und Küche zu vermieten. 8490a

2 Zimmer u. Küche
zu vermieten. Kast, Augartenstr. 71, part. 8459a

4—5 Zimmerwohng.
m. Bad u. allem Zubehör zu verm. Näh. Rupprechtstraße 7 part. 8915a

Vermietungen
möbl. Zimmer

B 6, 7 3 Tr. Gut möbl. Zim. z. v. 8438a

R 7, 38, 2 Tr. 1 sch. möbl. Zim. a. H. s. z. vm. 8305a

S 6, 17 3 Trep. r., sep. möbl. Zim. z. v.

Keller

1 Hofkeller, 2 Werkstätten zu vermieten
8271a Lange Rötterstr. 7.

Miet-Gesuche.

Zwei Zimmer-Wohnung
mögl. nähe Lindenhof, per 1. November zu mieten gesucht. Zuschr. u. T. P. 95 an die Geschäftsst. 8244a

Servier-frl. sucht nettes Zimmer
Ang. u. W. L. 66 an d. Geschäftsstelle ds. Bl. 8461a

Verloren.

Verloren wurde am 1. ds. Mts. vorm. auf der Straßenbahn Linie 6 ein

phot. Apparat

von einem Offiz.-Burschen. Der ehrl. Finder erhält hohe Belohnung, wenn er sich unter W. H. 68 in der Geschäftsstelle ds. Bl. meldet. 8453a

Verl. am 3. ds. abends
schwarze Geldtasche
v. Schmoller bis D 1, 10. Inhalt 222 M., 4 Theaterbillette 2c. Abzug. geg. hohe Belohnung D 1, 10 I. 8440a

Geldverkehr.

M. 30000 sofort auf gute II. Hypothek auszuleihen. Angeb. K 1 a. Geschäftsst. 9288

15000 Mark
als zweite Hypothek auf 2 rentable Häuser von solventem Zinszahler gesucht. Angebote unter G. M. 186 an die Geschäftsst. 9270

Heirat.

Junger, alleinst. gebildeter Herr, 29 Jahre alt, wünscht die Bekanntschaft mit gebildeter Dame zu machen zwecks späterer
Heirat.
Bild erwünscht. Zuschriften u. W. J. 64 an d. Geschäftsstelle ds. Bl. 8454a

Ausschneiden! — Einsenden!

Der Bezug kann täglich beginnen

Täglicher Versand an die Truppen im Felde

Bestellschein auf die
Feldausgabe
des Mannheimer General-Anzeiger

für .....
..... Division
..... Regiment
..... Bataillon
..... Kompagnie
..... Abteilung
..... Kolonne
Deutsche Feldpost No. .....
Bezugspreis m. Weltgeschehen im Bilde monatlich Mk. 1.70

Unterschrift des Bestellers

Der Betrag ist bei Bestellung einzusenden entweder per Postanweisung oder auf unser Postscheckkonto Ludwigshafen a. Rh. 1917